



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VII/287 - 15.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Vor dem Gespräch Ollenhauer - Adenauer	S. 1
Streit um das Wahlalter in Dänemark	S. 3
Luxusbauten aus Steuergeldern ?	S. 5
Glosse: Eine Abbitte fehlt ...	S. 6

Gespräch von letztem Ernst

P.S. Vermutlich in der zweiten Hälfte dieser Woche werden der Bundeskanzler und der Vorsitzende der SPD zu einem politischen Gespräch zusammenkommen. Dr. Adenauer hat dazu eingeladen, Erich Ollenhauer hat angenommen, obwohl einige seiner Freunde es lieber gesehen hätten, wenn der Bundeskanzler vorher veranlaßt worden wäre, die im Bundestag geäußerte Verdächtigung zurückzunehmen, Ollenhauer habe vertrauliche Mitteilungen aus einem früheren Gespräch mit einem seiner Mitarbeiter der Öffentlichkeit preisgegeben. Ollenhauer hat darauf verzichtet - wie er in der Plenardebatte selbst darauf verzichtet hat, den Kanzler richtigzustellen, der in Erwiderung eines Ollenhauer-Vorwurfes eine ganz andere Stelle aus seiner eigenen Rede zitierte als die, gegen die sich Ollenhauer gewandt hatte. Dem Vorsitzenden der SPD geht es nicht um persönliche Dinge, es geht ihm um die Sache, nur darum.

Der Bundeskanzler hat in den vergangenen zehn Tagen, unter jedem Gesichtspunkt gesehen, sehr unglücklich operiert. Ein Blick in die ausländische und in die deutsche Presse, auch soweit sie ihm freundlich gesonnen zu sein pflegt, muß ihm das zeigen. Die Züricher "Tat" sprach nur besonders deutlich aus, was andere

höflicher umschrieben, wenn sie feststellte:

"Adenauer will einen parteiischen Entscheid eines Senates, den er sich wohlgesinnt glaubt. Damit hat die Bonner Regierung zum ersten Mal ganz offen und unverhüllt den Schritt auf die schiefe Ebene getan, die mit der Ausschaltung des Rechtes zugunsten politischer Ziele beginnt. Wo sie endet, weiß alle Welt. Wenn es dann wieder einmal so weit ist und man sich fragt, wann das Unheil seinen Anfang genommen habe, wird man genau antworten können: Am 10. Dezember 1952, und wenn man dann weiter fragt, wer die Schuld trägt, wird man ohne zu zögern antworten müssen: Herr Konrad Adenauer".

Die SPD hat sich in dieser Situation, so groß auch Empörung und Besorgnis in ihren Reihen sind, in der Formulierung ihrer Erklärungen auffallender Zurückhaltung befleißigt, bei allem Ernst und Nachdruck ihrer Worte. Die Handschrift Ollenhauers war unverkennbar. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, man könnte daraus Schlüsse auf eine geringere Entschlossenheit ziehen, diesem frevlerischen Spiel mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten. Und es wäre eine Selbsttäuschung, wenn der Kanzler glauben sollte, in dieser Situation, die so krisenhaft zugespitzt ist, wie es keine andere in den letzten Jahren war, mit Beteuerungen, Appellen und Gemeinplätzen sich ganz bestimmten praktischen Notwendigkeiten und Konsequenzen entziehen zu können, die heute unerlässlich geworden sind. Die Stunde taktischer Besänftigungsversuche ist vorbei.

Ollenhauer hat zuletzt am vergangenen Freitag sehr klar die Linie der SPD aufgezeigt. Nicht nur die innerdeutsche, sondern auch die internationale Situation ist von Grund auf verändert. Die Aussichten für das endgültige Inkrafttreten der Westverträge, so wie sie jetzt vorliegen, sind rapide gesunken. Die Forderung nach einer breiten außenpolitischen Plattform in der Bundesrepublik wird innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen immer nachdrücklicher und von immer breiteren Schichten erhoben. Niemand hält es im Grunde noch für vertretbar, so tiefgreifende Entscheidungen, die für ein halbes Jahrhundert bindend sind, auf die brüchige Mehrheit eines Parlamentes zu gründen, das seinem natürlichen Ende entgegengeht und von dem nur bekannt ist, daß es in der gegenwärtigen Zusammensetzung dem Willen des Volkes nicht entspricht.

Mit einem Erfolg der Besprechungen sei nur dann zu rechnen, wenn von der Bundesregierung auch der Standpunkt der SPD respektiert und in Rechnung gezogen werde, erklärte Ollenhauer vor der Presse, als man ihn wegen der bevorstehenden Unterhaltung mit dem Kanzler befragte.

Zäher Verfassungstreit auch in Dänemark

KRX - Kopenhagen

Verfassungsfragen sind Machtfragen, hat einmal Ferdinand Lassalle behauptet. Wie so vieles, was in der Formulierung der sozialistischen Klassiker so einfach schien, stimmt auch jene Behauptung Lassalles nicht ganz überein mit den später gemachten Erfahrungen. Ein Beweis dafür ist der Verfassungstreit, der die dänischen Parteien schon seit sieben Jahren beschäftigt.

Nach dem Kriege wurde von verschiedenen Seiten die verfassungsändernde Forderung vorgebracht, das Wahlalter, das für das Folketing (Zweite Kammer) 25 Jahre und das Landsting (Erste Kammer) 35 Jahre ist, zeitgemäß auf 21 Jahre zu senken und das Landsting, das keine andere Aufgabe erfüllt als die Gesetzgebung zu verzögern, ganz abzuschaffen. Die verfassungsändernden Vorschläge zielen des weiteren auf eine Vereinfachung der gänzlich veralteten Regeln für die Volksabstimmung ab. Die Schwierigkeiten, die sich der Verfassungsänderung entgegenstellen, sind ein Beweis dafür, daß Sentimentalität, Bequemlichkeit und einfacher politischer Kuhhandel von fast ebenso großer Bedeutung sind wie die "Machtfragen", die Lassalle meinte.

Um in Dänemark eine Verfassungsänderung wirksam werden zu lassen, muß folgendes geschehen: Wenn der Verfassungsvorschlag der Regierung von beiden Kammern angenommen wurde, muß das Parlament aufgelöst und neu gewählt werden. Tritt der neue Reichstag dem Verfassungsbeschluß des alten bei, muß eine Volksabstimmung ausgeschrieben werden. Hierbei ist nicht nur Bedingung, daß die Mehrheit der Abstimmenden sich für die Änderung ausspricht, sondern daß mindestens 45 Prozent aller Stimmberechtigten der Änderung zustimmen. Bei der geringen Aufmerksamkeit, die diese Fragen beim dänischen Volke finden, bedürfte es einer nationalen Erweckung, um die 45 Prozent zu erreichen.

In der Frage des Wahlalters einigte man sich in der Verfassungs-

Kommission dahin, daß es 23 oder 21 Jahre betragen soll und daß an der Volksabstimmung, die über es entscheidet, auch die Einundzwanzigjährigen teilnehmen sollen. Zwar einigte man sich im Verfassungs-Ausschuß auch über die Abschaffung des Landsting, aber aus den Kreisen der Venstre-Partei erheben sich jetzt Widerstände, die nicht so sehr die Beschlußfassung des Parlaments, wohl aber die Volksabstimmung gefährden können. Die Zahl der Nichtwähler kann vergrößert werden, und die Nichtwähler können die Entscheidung herbeiführen.

Außer diesen wichtigsten Fragen soll in der neuen Verfassung bestimmt werden, daß die Regierung der Mehrheit des Reichstages entsprechen muß; das würde das Ende der in Dänemark gang und gäben Minderheitsregierungen bedeuten. Auch soll die Vertretung Grönlands im Reichstag verfassungsmäßig festgelegt werden. Einigkeit besteht darin, daß nach der neuen Verfassung auch eine weibliche Thronfolge möglich sein kann, doch soll ein jüngerer Bruder vor der älteren Schwester den Vorrang haben.

Die dänische Politik der letzten Jahre war krisenhaft. Daß die Minderheitsregierungen ein so langes Leben hatten, ist zu einem guten Teil mit der Hoffnung auf die geplanten Verfassungsänderungen zu erklären, die ja ohnehin zur Auflösung und Neuwahl des Reichstags führen würden, sobald sie von ihm beschlossen wären.

Sollte es der Regierung nicht gelingen, dem Parlament den Gesetzentwurf über die Verfassungsänderungen bis zum Frühjahr vorzulegen, wäre wohl auf jeden Fall die Reichstagsauflösung mit nachfolgender Neuwahl zu erwarten.

+ + +

Luxus auf Staatskosten ?

Man schreibt uns aus Düsseldorf:

Etwa vier Millionen Mark soll die Ausstattung des Düsseldorfer "Park-Hotels", Besitzer der Industrieclub, zu einem glanz- und effektvollen Treffpunkt der gutverdienenden Industrie-Aristokratie im Düsseldorfer Raum kosten. Die Mitglieder des Industrieclubs sind an dem Hotel als Aktionäre beteiligt, jede Wertsteigerung steigert auch den Wert ihrer Aktien. Beabsichtigt war, das Hotel mit Mitteln zu finanzieren, die vom Gewinn der stiftenden Betriebe abgezogen und somit steuerfrei werden sollten. Einen Strich durch die Rechnung machte vorläufig ein Konkurrent aus dem bürgerlichen Lager. Seither beschäftigt sich der Landtag mit der schwierigen Materie.

Bis vor kurzen hatte die Besatzungsmacht das Park-Hotel beschlagnahmt. Als sie es freigab, hatten die Räume, nach Ansicht der Besitzer, nicht mehr den Komfort, die Innen-Ausstattung und den Firnis, die die Schicht der Nutznießer der Erhard'schen Wirtschaft, die Stars der deutschen Nachkriegs-Industrie, um sich sehen wollen und auch nach Meinung der Finanzbehörden um sich sehen dürfen. Bei der Überlegung, wie die vier Millionen für die Innenausstattung aufzubringen seien, gab es zunächst kaum Schwierigkeiten. Die Oberfinanzdirektion Düsseldorf gab mit Zustimmung des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums im voraus die Möglichkeit frei, die von der Industrie zur Verfügung gestellten Summen vom Gewinn absetzen zu können. Praktisch hätte das bedeutet, daß der Hotel-Luxusbau von nicht versteuerten Gewinnen, und damit auf Kosten des Staates und Volkes, errichtet worden wäre. Sehr wahrscheinlich wäre dies alles auch zunächst ohne Aufsehen über die Bühne gegangen, wenn nicht ein Querschuß des Landesverbandes des Gaststätten- und Hotelgewerbes Nordrhein-Westfalen gefallen wäre. Diese Interessengruppe bezeichnete die Vorentscheidung der Oberfinanzdirektion und des Finanzministeriums als "ungesetzliche steuerliche Vergünstigung" und wandte sich zu ihrer Verhinderung an den Landtag

von Nordrhein-Westfalen.

Der Paukenschlag der Gastwirte und Hoteliers brachte eine Reihe von Leuten in schwere Verlegenheit. Der Industrieclub selbst gab keine Erklärung dazu ab, wahrscheinlich erhob er aber im internen Kreis der freien Marktwirtschaftler unter sich den Vorwurf der Unfairness und des Konkurrenzneides. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hatte es bei seiner Behandlung der Angelegenheit nicht mit dem Industrieclub und auch nicht mit dem Gaststättenverband zu tun, sondern mit den steuergesetzlichen Bestimmungen und der oft sehr freien Auslegung maßgeblicher Stellen der Finanzverwaltung.

Mehrere Ausschüsse des Landtages werden sich in verschiedenen Sitzungen mit dieser Industrieclub-Steuerangelegenheit zu beschäftigen haben und die paragraphen- und tintenreichen Ausführungen der Finanzverwaltungsexperten über sich ergehen lassen müssen. Der Mann auf der Straße wundert sich schon lange nicht mehr darüber, wieviele Möglichkeiten sich für Leute mit viel Geld ergeben, einen großen Teil dieses vielen Geldes der Steuer zu entziehen und es als eigenes Vermögen zu retten. Hier kam an einem besonders drastischen Fall die ganze Verwerflichkeit einer Gesetzgebung zutage, die die Reichen stets reicher werden läßt, und die den Armen das Recht läßt, Luxushotels von außen staunend zu betrachten.

+ + +

Eine Abbitte fehlt

F.B. Eine lange Zeit hat es Dr. Thomas Dehler, Justizminister der Bundesrepublik Deutschland, verstanden, den Spieß umzukehren. Jeder, der sich in verständlicher Erregung gegen herabsetzende Äußerungen Dr. Dehlers wandte - und wie das Sprichwort sagt, waren viele gezwungen, in solchen Fällen auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen - der wurde verklagt, zu Berichtigungen aufgefordert und manchmal sogar verurteilt.

Nur bei den letzten beiden Attacken hatte Dr. Dehler Pech. Die sich "mästenden Österreicher" hatten für die Urwüchsigkeit der bayerischen Sprache wenig Verständnis, und der Fall wurde erst nach einem Canossagang des Bundesjustizministers beigelegt. Auch die Beschimpfungen des Fraktionssekretärs der SPD, Dr. Menzel, den Dr. Dehler im Bundestag mit "Sie Schuft" titulierte, haben mit einer Abbitte des Bundesjustizministers geendet, wobei uns die Ehrenerklärung von Dr. Dehler, der mit dem "Schuft" seinem "unpersönlichen Groll" über eine Presseerklärung der SPD Ausdruck geben wollte, reichlich an den Haaren herbeigezogen erscheint. Welche Bezeichnungen dürften wir dann gebrauchen, wenn wir unserem unpersönlichen Groll über Dr. Dehler Ausdruck verleihen wollten ?

Weit ernster scheint uns der dritte Huerarenritt zu sein, den Dr. Dehler auf dem Parteitag der FDP in Bad Ems unternahm, und der noch keinen befriedigenden Abschluß gefunden hat. Dr. Dehler hatte damals seine sattsam bekannte Formulierung vom Sozialismus, der schlecht ist und schlecht macht, wiederholt und kurz darauf gesagt, daß er hoffe, daß der Geist des Sozialismus sich beim Bundesverfassungsgericht nicht auswirken werde. Obwohl das Bundesverfassungsgericht durch die Anforderung der Rede bereits zum Ausdruck gebracht hat, daß es die Äußerung des Bundesjustizministers nicht unwidersprochen hinnehmen will, hat Dr. Dehler sich jetzt ausdrücklich dazu bekannt. In einem Brief an den Hildener Textilfabrikanten Spindler schreibt Dr. Dehler:

"Es trifft nicht zu, daß in dieser Mahnung zur Erfüllung der richterlichen Pflicht eine Beeinflussung des Bundesverfassungsgerichtes oder gar eine Erklärung liegt, das Gericht könne nur im Sinne der Regierung entscheiden".

Wenn diese Erklärung überhaupt einen Sinn haben soll, dann bekennt sich Dr. Dehler darin doch ausdrücklich zu seinen Worten, und in Verbindung mit den vorangegangenen Sätzen vom "schlechten Sozialismus", dessen Geist sich beim Bundesverfassungsgericht nicht auswirken soll, kann man darin nur eine massive Beeinflussung des Bundesverfassungsgerichtes sehen. Man soll den Schritten des Bundesverfassungsgerichtes, die zu erwarten sind, nicht vorgreifen. Auf der politischen Ebene jedoch hat Dr. Dehler ebenso wie der Bundeskanzler auf der Anklagebank zu sitzen, wenn der Fall vor dem Bundestag aufgerollt wird.

Verantwortlich: Peter Raunau